

Beglaubigte

Friedrich Schmidt
Rechtsanwalt u. Notar

Abschrift

24. August 1949

Zugelassen auch bei dem
Landgericht Göttingen

Postscheckkonto Hannover 83361
Bank Kreissparkasse Osterode
in Herzberg/Harz, i.H.v. - Nr. 2605
Tel. Herzberg 262

Eingangsvermerk: 25. August 1949

An das
Landgericht
Göttingen
gez. Unterschrift

In der Strafsache gegen Heitmann

- 5 Ks 2/49 -

stelle ich als Verteidiger des Angeklagten den Antrag auf
die unter dem 19. Mai 1949 eingelegte Revision für den
Angeklagten Heitmann

das angefochtene Urteil aufzuheben,
den Angeklagten freizusprechen,
notfalls die Sache an ein anderes Schwurgericht
zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung zurück-
zuverweisen.

Es wird Verletzung materiellen und formellen Rechts gerügt.

- a) Insbesondere liegen Voraussetzungen des Vorliegens
eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit nicht vor.
- b) Eine Bestrafung wegen Freiheitsberaubung kann aus
dem Grunde nicht erfolgen, weil eine Freiheitsberaubung
garnicht vorlag, außerdem der Zeitablauf hiergegen
sprach.
- c) Zu Unrecht die Anrechnung der Internierungshaft
bei dem Angeklagten Heitmann abgelehnt war.
- d) die Strafe übermäßig hoch ist (Anweisung Nr. 1 des
Kontrollrats).

I.

Es handelt sich, wie aus dem angefochtenen Urteil
hervorgeht, um eine einmalige Handlung, die der Angeklagte
Heitmann gegen einen Menschen begangen hat, der u.a. auch
politisch der NSDAP feindlich gegenüber gestanden hatte. Die
Urteilsgründe ergeben aber, daß die Handlung nicht wegen
dieser Feindschaft zur NSDAP begangen wurde, sondern wegen
des Ausdruckes des Beteiligten Hülfig, der nach den Zeugen-
aussagen in der Hauptverhandlung und den Feststellungen des
angefochtenen Urteils die Drohung aussprach "er wird auf
die braunen Schweine schießen" und weiter den damaligen
Reichskanzler mit Worten, wie "Lump" und "Verbrecher", be-
leidigt hatte, schließlich allgemein zu einem Mord aufforderte
"Wenn sich doch jemand fände, der ihn umbrächte".

Diesen Punkt darf man bei Beurteilung des Sachverhalts nicht übersehen, denn diese Äußerungen, die den Tatbestand der Aufforderung zum Mord, die Androhung eines Mordes und Beleidigung eines Staatsoberhauptes bzw. führender Beamten enthielt, waren der Anlaß zur ganzen Aktion. Rassistische und religiöse Momente spielten nicht die geringste Rolle. Politische Momente spielten auch nur insoweit eine Rolle, als hier von dem damals Beteiligten, Herrn Hölting, die Angriffe vorausgegangen waren und die Handlungen des Angeklagten Heitmann nur als spontane Reaktion hierauf gewertet werden können, wie es das angefochtene Urteil auch in seinen Gründen ausführt.

Das Schwurgericht hat aufgrund der Hauptverhandlung und der Zeugenaussagen durchaus richtig festgestellt, daß der Angeklagte Heitmann keinerlei sonstige Übergriffe während der ganzen Zeit begangen hatte. Es hat weiter festgestellt, daß der Angeklagte Heitmann weder damals noch jetzt wegen irgendeiner gemeinen Straftat bestraft worden ist. Seine einzige jetzt bestehende Vorstrafe beruht auf einer mit Rückwirkung entgegen den zwingenden Vorschriften der Bundesverfassung erlassenen gesetzlichen Vorschrift, die die Zugehörigkeit zur SS unter kriminelle Strafe stellt. Es wurden in der Hauptverhandlung, wie aus den Akten ersichtlich ist, damalige politische Gegner und jetzt maßgebend in der Öffentlichkeit stehende Leute als Zeugen vernommen, z.B. der Stadtdirektor Schulz, der sowohl in der damaligen Zeit schon in Herzberg lebte und als Polizeibeamter nicht nur die Einwohner sondern auch die Ereignisse sehr wohl kannte und die ganze Zeit während des Nationalsozialismus in Herzberg gelebt hat und auch jetzt noch dort lebt. Dieser hat in einer überzeugenden Art und Weise bekundet, daß der Angeklagte Heitmann gegen politische Gegner, selbst wenn er diese als politische Gegner erkannt hatte, nicht vorgegangen ist, ihnen keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt hatte, im Gegenteil mit ihnen auf politischem Gebiet diskutierte. Herr Heitmann ist daher nicht als ein Mann anzusprechen, der andere Leute nur wegen ihrer anderen politischen Gesinnung verfolgt hatte, er ist auch nicht einmal gegen solche politischen Gegner nach der sogenannten Machtübernahme vorgegangen, selbst wenn diese unzweideutig zu erkennen gegeben hatten, daß sie nach wie vor ablehnend dem Nationalsozialismus gegenüberstanden. Aus den Feststellungen des angefochtenen Urteils, die insoweit auf die Aussagen der vernommenen Zeugen beruhen, hat Heitmann sogar gegenüber politischen Gegnern die nur wegen ihrer politischen Einstellung gemäßregelt waren, wenn er sie als anständige Menschen erkannt hatte, wieder zu ihrem Recht verholfen.

Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei Verfolgung politischer Gegner erfordert aber als Tatbestandsmerkmale, daß diese Verfolgung aus politischen Gründen

18

Gründen und wegen der politischen Gesinnung erfolgte. Es erfordert weiter, daß hierbei eine Handlung vorgenommen wurde, die im Rahmen allgemeiner politischer Verfolgungen anders-Gesinnter geschah. Nicht jede Handlung, die sich gegen einen Menschen richtete, der zufällig anderer Gesinnung war, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wie sich aus dem angefochtenen Urteil ergibt, geschah das Vorgehen gegen Herrn Hölzig aber nicht im Zusammenhang mit den anderen Gewaltakten oder im allgemeinen Zusammenhang mit brutalen Aktionen gegen politische Gegner. Es handelt sich weder um ein Vorgehen der sogenannten "Kristallnacht", noch um allgemeine Verhaftungen der Funktionäre anderer Parteien und Ähnliches. Aus dem ganzen Urteil, das insoweit auf die Zeugenaussagen der Hauptverhandlung richtig beruht, geht hervor, daß es sich vielmehr um eine Reaktion auf die eingangs bereits hingewiesenen strafbaren Handlungen des Herrn Hölzig handelt.

Dabei braucht nicht extra betont zu werden, daß es sich um eine falsche Reaktion handelt und daß das Verhalten des Angeklagten Heitmann nicht gebilligt werden kann, und daß man sich von seinem Tun abgestoßen fühlt. Alle diese Gefühlsmomente dürfen einmündig der strafrechtlichen Beurteilung der Tat nicht ausschlaggebend berühren. Man muß im Gegenteil darauf hinweisen, daß der Angeklagte Heitmann, daß der dem Beteiligten, Herrn Hölzig, eigentlich einen Dienst erwiesen hatte, daß er ihn nicht seinerzeit als Aufwiegler dem SD übergeben hatte, oder den Vorgang auch nur seiner vorgesetzten Dienststelle gemeldet hatte. Hätte er dies getan, dann wäre Herr Hölzig bestimmt vor ein Sondergericht oder auch vor das ordentliche Gericht zur Verantwortung gezogen worden und hätte mit einer empfindlichen Freiheitsstrafe rechnen müssen, denn die Brüningische Notverordnung aus dem Jahre 1931, die damals und heute noch gilt und die erlassen war, um jede Ausschreitungen bei den politischen Kämpfen der Parteien zu unterbinden, bestimmte, daß Beleidigungen leitender Beamter und Staatsoberhäupter Mindeststrafen bei Aufwiegelung und Anstiftung zu politischem Mord sogar langjährige Zuchthaus- bzw. Gefängnisstrafen als Mindeststrafen verhängt werden mußten. Diesen Punkt hat das angefochtene Urteil gänzlich gewürdigt, nicht einmal bei der Strafzumessung.

Da die Polizeibehörde Herzberg aufgrund dieser örtlichen Maßnahme des Angeklagten Heitmann gegen Herrn Hölzig ein weiteres Einschreiten nicht mehr für erforderlich ansah und die damaligen Polizeibeamten ganz offensichtlich Herrn Hölzig die weiteren Folgen seiner Drohungen ersparen wollten, was sie auch, ohne einer Dienstverletzung a limine sich schuldig zu machen konnten, weil sie gegebenenfalls darauf hinweisen konnten, daß ja die SS, welche damals besonders zum Schutz der NSDAP und ihres Führers eingesetzt war, von diesen Äußerungen des Hölzig Kenntnis gehabt hatte, und wenn diese nicht weiter einschritt, für die Polizei ein weiteres Einschreiten überflüssig erscheinen konnte, und der Angeklagte Heitmann von sich aus von Hölzig die volle Schwere des Gesetzes abwenden wollte, war die Tat des Angeklagten Heitmann zwar nicht juristisch gerechtfertigt, aber sowohl dazu bestimmt als auch geeignet, ihm größere Unbill zu ersparen. Die Tat erfolgte nicht wegen der anders gearteten Gesinnung

des Herrn Hältig, sondern wegen der vorangegangenen strafbaren Handlungen des Herrn Hältig, wobei die Genehmigung völlig gleichgültig war. Sie erfolgte auch nicht als Dokumentierung eines entsprechenden allgemeinen Verhaltens des Angeklagten Heitmann oder als ein ~~sinn~~ Ausschnitt aus der allgemeinen Verfolgung andersdenkender, sondern - wenn man diesen Ausdruck vielleicht hier anwenden dürfte - als falsch verstandene örtliche Erziehungsmaßnahme eines damals noch nicht politisch reifen Menschen, wie es das angefochtene Urteil ja dem Angeklagten selber bescheinigt.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf die Feststellungen des Schwurgerichts auf Blatt 7, zweiter Absatz des angefochtenen Urteils. Wenn der Angeklagte Heitmann auch zurzeit der Tat ein brutaler Nationalsozialist gewesen wäre, der nichts weiter als Verfolgung politischer Gegner in Augen gehabt hätte, dann hätte er gegen den Mitangeklagten Dräger sich gewandt, als dieser gleich nach Beginn der Fahrt durch die Straßen der Stadt mit den Worten "das sei doch nicht das Richtige" den Zug verlassen hatte. Er hätte bestimmt damals, wenn er der sture Nationalsozialist oder SS-Mann gewesen wäre, als was man ihn aufgrund der Verurteilung ansehen möchte, den Dräger mit einem dienatlichen Befehl beim Zug gehalten oder später gegen ihn irgendwelche Schritte unternommen. Er hat aber Dräger gehen lassen, weil er in dieser Sache keine Staatsaktion gesehen hatte.

II.

Das angefochtene Urteil stellt fest, daß Hältig körperlich gar nicht angefaßt war und nur im psychischen Zwange vielleicht, wahrscheinlich aber aus der Erkenntnis heraus, daß er sich am Vorabend falsch verhalten hatte und strafbar gemacht hatte und deshalb keinerlei Schwierigkeiten machen durfte, um seine Lage nicht noch im Hinblick auf etwaige Strafverfolgung gegen sich zu erschweren, den Aufforderungen, den Wagen zu besteigen, gefolgt war. Da sowohl die Ehefrau Hältigs, wie auch dessen Sekretärin, solange er in seinem Zimmer war und die SS-Leute bei ihm standen, aus und ein gehen konnten, ihm auch noch das Abendessen bringen konnten, bestand für diese ja, falls sie die Sache an die große Glocke bringen wollten, die Möglichkeit, die Polizeibehörde anzurufen und um Schutz für Herrn Hältig zu ersuchen. Nichts dergleichen geschah. Es war ja ihnen auch bekannt, daß Herr Hältig sich am Vorabend strafbar gemacht hatte. Unter diesen Voraussetzungen kann aber von einer Freiheitsberaubung nicht gesprochen werden, da Herr Hältig weder widerrechtlich eingeschlossen noch durch körperlichen Zwang gehindert war, sich freizubewegen.

Außerdem

19

Außerdem erfordert der § 1 der Verordnung vom 23. Mai 1947 Verordnungsblatt Britische Zone 1947 Seite 65, daß es sich bei den nachzuholenden Strafverfolgungen um Verbrechen oder Vergehen handelt - bei letzterem Fall die Höchststrafe nicht mehr als 3 Jahre Gefängnis beträgt - die aus politischen Gründen nicht bestraft worden sind. Es fehlt also die Feststellung, daß seinerzeit die Straftat aus politischen Gründen nicht verfolgt sei. Hölzig hat, wie das Urteil ausführt, am 12. Juni 1934 Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Göttingen erstattet. Diese Strafanzeige ist nicht weiter verfolgt worden, weil seinerzeit im Verhalten des Angeklagten Heitmann keine strafbare Handlung erblickt war bzw. soweit es sich um Beleidigung des Herrn Hölzig gehandelt hatte, weil das öffentliche Interesse versagt worden ist. Nirgends ist erkennbar geworden, daß die Staatsanwaltschaft aus politischen Gründen die Strafverfolgung seinerzeit abgelehnt hatte.

III.

Es ist in dem angefochtenen Urteil davon gesprochen worden, daß der Angeklagte Heitmann sich gegen Herrn Hölzig roh verhalten hatte, als er die Äußerung machte: "an einer Leiche wolle er sich nicht vergreifen". Diese Äußerung, ob sie tatsächlich wörtlich so gefallen war, mag dahingestellt bleiben, ist aber nicht ohne weiteres aus einer rohen Gesinnung zu verstehen. Man vergegenwärtige sich, daß Herr Hölzig nach seinen eigenen Bekundungen damals auf seine Krankheit hingewiesen hatte und um Mitleid gebeten hatte. Darauf sagte ihm der Angeklagte Heitmann, an einer Leiche wolle er sich nicht vergreifen. So ist es aus dem angefochtenen Urteil zu ersehen. Damit hat der Angeklagte Heitmann nur erklärt, und das hat ja auch die Folgezeit bewiesen, daß diese Erklärung so gemeint war, er wolle ihm nicht nach Leib und Leben trachten, es würde ihm kein körperliches Unbill widerfahren, sodaß er etwa zu Tode gebracht würde. Gerade die Folgezeit beweist ja, daß Herrn Hölzig seine schweren Ausfälle gegen das damalige Staatsoberhaupt und den Reichskanzler, gegen die Angehörigen der NSDAP, die von Herrn Hölzig in Bausch und Bogen als "braune Schweine" bezeichnet wurden, nicht nachgetragen wurden.

IV.

In dem angefochtenen Urteil ist weiter zu der Vermögenslage und der angeblichen Geschäftsschädigung des Herrn Hölzig eingegangen. M.E. ist aus diesem Urteil ersichtlich, daß Hölzig finanziell damals sehr schwach und kipplig dastand. Monate vor der hier zur Aburteilung stehenden Tat des Angeklagten Heitmann war bereits die Zwangsversteigerung des Hölzig anberaumt, weil dieser die laufenden Zinsen und Steuern nicht zahlen konnten. Das Grundstück war wegen Geschäftsschulden über den früheren Kaufpreis hinaus belastet worden. Der Gerichtsvollzieher ging damals bei dem Beteiligten Herrn Hölzig aus und ein. Daß er im Jahre 1934 dann eine kleine Umsatzsteigerung erzielt haben mag, hätte Herrn Hölzig bewegen müssen, sich wenigstens passiv der neuen Regierung gegenüber zu verhalten und dankbar anzuerkennen, daß nicht durch sie sich seine finanziellen Verhältnisse verschlechtert sondern sogar angefangen hatten, sich zu bessern. Ob diese Besserung von Dauer

gewesen

gewesen wäre und genügt hätte, um ihn finanziell wieder
gesunden zu lassen, wenn der hier zur Beurteilung
stehende Vorfall nicht geschehen wäre, muß entgegen der
Ansicht des Schwurgerichts doch sehr bezweifelt werden.
Die tatsächlichen Feststellungen des Urteils rechtfertigen
wenigstens die Herrn Hölting günstige Meinung nicht.

Es wäre diese Tat, wenn sie an einem Ort passiert
wäre, in dem, wie in den meisten anderen Orten, wegen
Rasse, Religion und politischer Gesinnung erhebliche
Übergriffe geschehen wären, bestimmt als eine Milderungs-
milde Form des Übergriffs gewertet worden und wäre
auch von Schwurgericht bei der Strafzumessung, wenn
man den unter I und II gemachten Ausführungen nicht
folgen wollte, mit einigen Monaten Gefängnis geahndet
worden und diese Strafe wäre auch als hinreichend
allgemein anerkannt worden. Es ist eine Erfahrungstat-
sache, daß die Strafzumessung mit davon abhängt, ob
noch schwerere oder geringere zu verurteilende ähnliche
Straftaten seinerzeit passiert waren. Lediglich die Tat-
sache, daß in Herzberg und im Bezirk des Landgerichts
Göttingen im allgemeinen in den Jahren 1933 bis 1939
solche Übergriffe, wie sie in anderen großen Städten
passiert waren, nicht geschehen waren, und das Schwur-
gericht daher aus eigener Erfahrung solche schwer zu
ahndenden Übergriffe, die sogar zu Todesfällen oder
zu Massenvernichtungen bzw. Siechtum geführt haben, nicht
beurteilen mußte, in der Höhe der verhängten Strafe
einer falschen Würdigung zum Opfer gefallen.

Wenn man bedenkt, daß der Angeklagte Heitmann
sich sonst immer gut geführt hatte, seinerzeit auch
"politisch unreif" war, seine damalige Machtstellung
niemals ausgenutzt hatte, gegen politische Gegner
sehr entgegenkommend und sogar entgegenkommender als
von der Staatsführung damals an sich geduldet wurde,
vorgegangen war, in der Folgezeit sich für sein
Vaterland eingesetzt hatte, von sich aus nach der
Flucht aus der Gefangenschaft den englischen Militär-
dienststellen in Erfüllung der an ihn als früheren
SS-Mann gerichteten Aufforderung sich freiwillig
gestellt hatte, dann ist angesichts des Ablaufes von
15 Jahren Zeit zwischen der Tat und dem jetzigen
Urteil die verhängte Strafe von 1 Jahr Gefängnis
zu hoch.

Auch bei der Überlegung der Frage, ob und
inwieweit die Internierungshaft anzurechnen ist,
ist das Schwurgericht von rechtsirrigen Erwägungen
ausgegangen. Richtig wird erwogen, daß diese Inter-
nierungshaft angerechnet werden kann. Sie wird aber
dann nicht angerechnet, weil der Angeklagte Heitmann
sich schützend vor die anderen Mitbeteiligten gestellt
hatte. Nicht angerechnet wird sie auch, weil das Schwur-
gericht meint, andere SS-Leute im Range eines Ober-
sturmführers hätten länger in Untersuchungshaft ge-
sessen und es sei diesen gegenüber unbillig, von den
29 Monaten Internierungshaft, von denen 9 Monate
wegen

wegen der Zugehörigkeit zur SS bereits angerechnet waren, also von den übrigen 20 Monaten Internierungshaft, deren Dauer durch die Ermittlungen in dieser Sache mit verursacht ist (Seite 16 unten und 17 des angefochtenen Urteils) dem Angeklagten Heitmann noch etwas anzurechnen. Das Schwurgericht ist von der irrigen Vorstellung ausgegangen, daß man eine weitere Anrechnung der Internierungshaft nicht vornehmen könne, wenn jemand zwar länger als das spätere Urteil (9 Monate Gefängnis) lautet, in Internierungshaft gesessen hat, aber doch nicht länger als andere. Damit hat das Schwurgericht u.a. seine Kompetenz überschritten. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Schwurgericht hierzu berechtigt zu sein glaubte und meinte, der Angeklagte Heitmann hätte wegen seiner Zugehörigkeit zur SS nicht mit 9 Monaten Gefängnis bestraft werden müssen, sondern mit 9 Monaten plus weiter verbüßte Internierungshaft. Das ist aber gesetzlich unzulässig. Es ist sicher, daß das Schwurgericht durch diese falschen Erwägungen von der Anrechnung der Internierungshaft, soweit sie nicht durch die bereits erkannte Strafe von 9 Monaten Gefängnis als verbüßt gilt, abgesehen hat. Die jeweilige Dauer der Internierungshaft wird von verschiedenen hier nicht feststellbaren Voraussetzungen, zum Teil auch vom Zufall bestimmt. Es handelt sich hier ebenso, wie wenn jemand wegen mehrerer Straftaten in Untersuchungshaft sitzt und durch Überlastung des Gerichts oder durch Ermittlungsverfahren länger in Untersuchungshaft sitzt, als wie die in seiner Sache später dann verhängte Strafe es vorsieht. In diesem Fall kann ebenfalls die Untersuchungshaft, soweit sie nicht durch die Anrechnung der ersten Strafe erledigt ist, in den anderen Sachen angerechnet werden.

F. Schmidt

Beglaubigt:

Ruth

Justizangestellter

Rechtsanwalt

